Lecha Patriot.

Allentaun, Juli 31, 1851.

Unsere Auswahl für 1852.

Für Präsident:

Maj. Gen. Winfield Scott.

Demokratische Whig Ernennungen

Für Gouvernör:

William F. Johnston,

von Armstrong Caunty.

Für Canal-Commissioner:

John Strohm, von Lancaster.

Für Richter der Supreme Court:

Richard Coulter, von Westmoreland.
Joshua W. Comly, von Monteur.
George Chambers, von Franklin.
William M. Meredith, von Philadelphia.
William Jessup, von Susquehanna.

Die nächste Wahl. — Candidaten

Da die Recommandationen für die verschiedenen Aemter für diese Nummer unserer Zeitung so sehr zahlreich eingehändigt worden sind, so finden wir uns genöthigt dieselbe, des Raums wegen, nur der Kürze nach zu berühren. Vielleicht können wir später so viel Raum gewinnen, daß wir die ganzen Mittheilungen von Correspondenten folgen lassen können, wenn noch irgend Candidaten hervorzubringen sind:

Wir haben eine etwas lange und gutgeschriebene Mittheilung vor uns liegen die den Achtb. John Banks, als President-Richter-Candidat von diesem Distrikt anempfiehlt.

Eine andere Mittheilung setzt Gründe auseinander, warum der Richter nicht von dem Distrikt genommen werden sollte.

Eine andere Mittheilung zieht R. E. Wright, Esq., allen andern Candidaten für jene Stelle vor.

Eine andere Mittheilung spricht sich zu Gunsten von dem Achtbaren J. F. Ruhe, als ein Gehülfsrichter-Candidat aus.

Eine andere schlägt C. W. Wieand, von Ober-Milford, als ein Gehülfsrichter Candidat vor.

Eine andere benamt Edward Kohler, Esq., von Nord-Wheithall, für die nämliche Stelle.

Eine andere David Gehman, von Ober-Milford Taunschip, ebenfalls für diese Stelle.

Für Assembly haben wir eine Mittheilung zu Gunsten von Col. Jonathan Cook vor uns liegen.

Für Prothonotar eine zu Gunsten von Col. D. Säger.

Für Registrirer eine für John F. Ruhe, Esq.

Für Schatzmeister eine zu Gunsten von Jacob Hagenbuch.

Eine andere für das nämliche Amt zu Gunsten von Dr. Schantz.

Eine andere zu Gunsten von Jos. Weaver für die nämliche Stelle; und noch eine Anzahl andere Mittheilungen.—Man wird daher ersehen daß es unmöglich ist, alle ihrer ganzen Länge nach zu geben. Wir wollen daher hierunten eine Liste aller Candidaten folgen lassen, welche durch ihre Freunde so wie durch sich selbst als Candidaten benamt worden sind. Indem wir dies thun, so kann es aber möglich sein, daß wir vielleicht einige Candidaten vergessen mögen. Sollte dies geschehen, so ersuchen wir dieselben oder ihre Freunde uns gleich auch ihre Namen folgen laßen. Es werden auch wohl manche Namen, vorgebracht durch Freunde, hier erscheinen, welche Herren keine Candidaten zu sein wünschen. Es versteht sich daher von selbst, daß so lange ein Mann nicht öffentlich als Candidat, unter seinem eigenen Namen in den Zeitungen hervortritt, er auch nicht als regelmässiger Candidat angesehen werden kann. Folgende Candidaten haben wir in Verbindung mit den verschiedenen Aemtern nennen hören:

President-Richter—R. E. Wright, Herr McCartney, Herr Maynard und John Banks, Esq.

Gehülfs-Richter—Jacob Dillinger, A. K. Witman, David Gehman, Charles W. Wieand, John F. Ruhe, Edward Kohler, Jacob Erdman, Philip Persen, Joseph Frey, Charles Foster, Daniel Säger, Peter Schneider, Daniel F. Follweiler, Samuel Marx, William Frey, Peter Neuhard, Jacob Säger, Charles E. Busch, Jonathan Reichard, Benj. Fogel, David Schall, St. Balliet jun., und Joseph Nesser.

Prothonotar—Nathan Miller, Franklin Samuels, Owen Säger, Aug. J. Ritz, James Lackey und Charles Hittel.

Schreiber—Charles Witman, John Culbertson, A. F. Halbach, Levi Frank, Josiah Rheads, Tilghman Good, Willoughby Fogel und Samuel J. Kistler.

Registrirer—John F. Ruhe, Jonas Haas, Martin Kemmerer, C. W. Wieand, Geo. Wetherheld, Harrisen Miller und Charles Ritter.

Recorder.—D. J. Rheads, Esq., Nathan German, Charles A. Ruhe und Jacob Slemmer.

Assembly—Col. J. Cook, James W. Fuller, David Laury, William Leisenring, A. L. Ruhe, Peter Schneider, Dr. Nesser, J. J. Breinig und John Weida.

Schatzmeister—Dr. Schantz, Jacob Hagenbuch, Joseph Weaver, Aaron Eisenhard, Aaron Troxell, Charles Groß und Ephraim Yohe.

Commissioner—Paul Bliler, Charles Keck (Salzburg), und Peter Troxell, sen.

☞ Sollten hier einige Namen nicht angegeben sein so beliebe man uns sogleich in Kenntniß davon zu setzen.

Unsere Gegner schämen sich nicht, irgend eine Unwahrheit zu verbreiten!

Wir waren letzte Woche erstaunt zu sehen, daß der Herausgeber des „Carbon Demokraten," obschon er wissen muß daß es nicht wahr ist, seine Leser immer noch berichtet, Gouv. Johnston habe die Counterfeiters Ward und Simpson begnadigt, und dies geschieht noch in einer Sprache, die ihm keine Ehre machen würde, selbst wenn die Sache wahr wäre. Ein solches Betragen gegen Besserwissen verräth ein böses Herz und verdient den Abscheu aller wahrheitsliebenden Bürger. Es zeigt dies aber wieder aufs neue, daß sie mit der Wahrheit nichts Erhebliches gegen Gouv. Johnston hervorzubringen vermögen, und daher ihre Zuflucht zu offenbaren Lügen nehmen, um etwas gegen ihn aufzreiben zu können.

Auch zeigt dieser Zustand der Dinge deutlich, daß all ihr Geschrei von dem Begnadigen durch Gouv. Johnston lauter Wind ist. Wir wiederholen hier nochmals was wir schon früher sagten und stehen bereit es zu beweisen, daß Gouv. Johnston nach Verhältniß der Volkszahl und Verbrechen weniger Begnadigungen ausgestellt hat, als irgend ein Gouvernör von Gouv. Mifflin herab bis zur jetzigen Zeit, mit Ausnahme von Gouv. Ritner.

Was müssen aber die Leser einer Zeitung von ihrem Drucker denken, der ihnen wissentlich solche Unwahrheiten auftischt? Können sie ihm ferner Glauben schenken?

Nein, ihr Herren Drucker, wir wollen euch nochmals sagen, daß Ward und Simpson nicht begnadigt sind, sondern sich im Zuchthause befinden. Werdet ihr nun diese eure Unwahrheiten widerrufen? Wollen sehen. Nebenbei betrachten wir es als Pflicht der hiesigen Drucker unserer Gegenpartei, daß sie ihre Parteigenossen in andern Gegenden ermahnen von solchen Unwahrheiten abzustehen, und ihnen ebenfalls zu sagen, daß Ward und Simpson nicht begnadigt sind. Sie sollten bedenken was das Sprichwort sagt: „Der Hehler ist nicht besser als der Stehler."

Der Trost bleibt aber Gouv. Johnston und den Whigs „daß die Wahrheit mächtig ist und endlich doch immer siegen muß." Sie wird auch bei nächster Wahl über Lug, Trug und Verdrehung siegen, dadurch daß Gouv. Johnston wieder an die Stelle erwählt wird, die er so geschickt, ökonomisch und ehrenvoll bediente.

Die Distrikt-Versammlung in Bethlehem.

Man wird sich erinnern, daß letzte Woche ein Ruf für eine Distrikt-Versammlung, für den Endzweck, einen außerhalb dem Distrikte wohnenden Herrn, ohne Partei Rücksicht, als Candidat für President-Richter dieses 3ten Gerichts-Distrikts zu ernennen—in allen hiesigen Zeitungen publizirt war, und daß solche Versammlung in unserer Nachbarstadt Bethlehem gehalten werden sollte. Diese Versammlung ist durch Glieder unserer Gegenpartei berufen gewesen, und es ist allhier zugleich bekannt, daß diese Herren Freunde der Ernennung des J. W. Maynard, von Williamsport, sind. Viele der hiesigen Whigs und Demokraten die sich schon längst dahin ausgesprochen haben, daß diese Sache aus dem Politischen gehalten werden sollte, denen es jedoch gleichviel ist ob der Candidat innerhalb oder außerhalb dem Distrikt wohnt, konnten aber in Herrn Maynard nicht gerade den rechten Mann erblicken, und wenn vielleicht aus keiner andern Ursache, als der, daß ihnen dieser Mann unbekannt ist, und sie keineswegs fühlen als könnten sie diese so wichtige Stelle einem ganz unbekannten Bürger anvertrauen, faßten den Entschluß der Versammlung nicht beizuwohnen. Andere aber die glauben daß es schicklich sei, daß der Candidat nicht in dem Distrikte wohnen sollte, begaben sich um die bestimmte Zeit nach Bethlehem, und nach Erkundigungen ergab es sich daselbst, daß alle gegenwärtigen die Sache redlich meinten, daß der Candidat ohne Ansehen irgend einer Partei ausgewählt werden sollte. Ja alle Gegenwärtigen, mit nur zwei oder drei Ausnahmen, hatten ihr Augenmerk auf den Achtb. John Banks, unser früherer und so sehr populäre Richter gerichtet. Dies war der Fall bei Gliedern der zwei großen politischen Parteien.

Obige zwei oder drei Ausnahmen aber, als sie Gewahr wurden, daß sich vielleicht etwas mehr Whigs als Demokraten eingefunden hatten, und daß beinahe alle gegenwärtigen Demokraten für Banks gehen würden, und er somit ohne Zweifel der Candidat werden müsse, zeigten nun den Klauenfuß. Ja sie zeigten daß sie es nicht redlich meinten, wenn sie sagten, daß der Candidat ohne Rücksicht der Parteien auserkohren werden sollte. Ja sobald sie sahen, daß Richter Banks ernannt werden würde, so hörte man sie nichts weiter davon sagen, daß die Sache keine Politische gemacht werden sollte, und was noch der tadelhafteste Schritt von ihnen war, ist der, daß sie sich sogar weigerten in die Versammlung zu kommen. Ja sie konnten nicht bewegen werden dies zu thun, obschon sie die Versammlung selbst berufen hatten. Aber rechtverstanden, nicht alle Demokraten die gegenwärtig waren, handelten mit ihnen. Nein, sondern im Gegentheil, fühlte ihr Herz was ihr Mund aussprach, nämlich: Daß der Mann ohne Partei Rücksicht auserkohren werden sollte. Es waren ihrer nur zwei oder drei, die zeigten, daß sie es nicht redlich mit dem früher Gesagten meinten.

Das Betragen der Whigs, obschon ein Theil von ihnen vielleicht zuweilen auch ihre Pflichten vergeßen mögen, müßen wir aber in dieser Sache rühmen.—Denn sie hatten es ganz in ihrer Gewalt irgend einen Mann den sie wünschten in Ernennung zu bringen. Aber sie meinten es redlich, und wünschten durchaus keine politische Ernennung zu machen, und jeder muß hier sagen, daß sie gehandelt haben wie es billig war; bezeigt haben daß Sie es redlich meinten; und klar an den Tag gelegt haben, daß sie dort keinen Vortheil von irgend jemand suchten—was aber keineswegs von den Herren die die Versammlung beriefen, gesagt werden kann.

Der Ruf der Versammlung schloß die Worte ohne „Rücksicht der Parteien" in sich, und folglich hatte ein jeder Gegenwärtige das Recht, seinen Candidaten dort vorzuschlagen.—Die Versammlung, da sie einmal berufen war, hätte auch organisirt werden, und Alle die dort waren Antheil daran nehmen sollten, damit die Candidaten vorgebracht und dann eine Auswahl daraus hätte gemacht werden können. Da aber das dortige Volk beinahe einstimmig für den Achtb. John Banks war, so suchten diejenigen die die Versammlung beriefen, als sie sahen daß sie ihren gewünschten Candidat nicht erhalten konnten, eine Organisation zu vereitelen. Wahrlich die Laufbahn die diese wenige Herren befolgt haben, gereicht ihnen zu keiner Ehre. Der Volks-Wille ist gewünscht worden—und als sich derselbe für Banks ausdrückte, so war auf einmal ihr [illegible]

Noch einige Worte in Bezug auf Richter Banks, und dann wollen wir diese Sache schließen. Es ist recht gewesen daß die Whigs ihn nicht in Bethlehem nominirt haben, um diesen wenigen Herren Gelegenheit zu geben zu sagen daß die Whigs die Ernennung gemacht hätten. Aber die Wahrheit ist unumstößlich diese, daß wenn die Sache aus dem Politischen gehalten werden, und Richter Banks seinen Namen als Candidat gebrauchen laßen würde, er aus jeden 6 Stimmen im Distrikt 5 erhalten würde. Dies glauben wir sicher daß es der Fall wäre. Und haben somit die Whigs zu Bethlehem und einige dortige ehrliche Demokraten nicht gerade zu thun beabsichtigt, was der Volkswille forderte? In der That sie haben ächt demokratisch gehandelt.

Ja Richter Banks ist ein Mann in den alle Parteien völliges Zutrauen setzen. Er ist ein Mann der ein Volks-Richter, und nicht der einer Partei sein würde. Er ist der beste Richter gewesen, der je in diesem Distrikt presidirte, und indem wir dies sagen, sind wir überzeugt daß beinahe ein jeder Stimmgeber in dem Distrikt mit uns denkt, und sollte er wie obengedacht, ohne Partei-Rücksicht Candidat werden, so wird die Volks-Stimme ebenfalls endorsiren was wir eben gesagt haben.

Die Laufbahn welche diese wenige Herren befolgt haben, sollte die Whigs und die Demokraten, die es in Bezug auf diese Sache redlich meinen, jetzt von Neuem anfeuern, Alles Rechtliche anzuwenden die Sache aus dem Politischen zu halten. Man hat gesehen daß es Bürger gibt, die selbst bei einem Richter eigenen Vortheil suchen. Laßt uns, als gute Bürger, die Richter-Bank rein halten. Laßt uns keinen Mann unterstützen der nicht unabhängig von jedermann und jeder Partei die Stelle einnehmen kann. Laßt uns keinesfalls blindlings in die Unterstützung irgend eines Mannes hineinstolpern, um gewissen wenigen Herren zu gefallen, und somit andere gute Männer innerhalb und außerhalb dem Distrikt, die wir genau kennen, und in die wir völliges Zutrauen setzen, hintenan stellen. Die Stelle ist eine wichtige. Dieselbe kann durch einen gewünschten Richter besetzt werden, wenn die Bürger bis zur Wahl fortdenken und handeln wie sie jetzt denken, nämlich daß keine politische Frage daraus gemacht werden soll. Laßt uns die Sache wohl bedenken, sie ist in der That sehr wichtig. Wollen wir aber gegen alles dieses Argument, und gegen Besserwissen doch die Sache auf politischen Fuß bringen, so ist vielleicht die Zeit nicht mehr fern wenn einmal unser Charakter, Eigenthum oder sogar das Leben, oder das unserer nächsten Angehörigen, zur Sprache kommt, wenn wir zu unserm Leidwesen Ursache finden werden, dies von Herzen zu bereuen. Dann wird es aber zu spät sein. Daher sollte jetzt schon ein Jeder, „wirken so lange es Tag ist," denn es kann die Nacht hereinbrechen, „wo nicht mehr gewirkt werden kann."

(Eingesandt.)

Herren Drucker: Da ich mehrere Candidaten für die Gehülfsrichter Stellen von diesem Caunty anempfohlen sehe, so erlaube ich mir ebenfalls, auch einen Candidat für besagte Stelle hervor zu bringen. Dieser Herr ist

Andrew K. Wittman, Esq. von Obersaucona.

Herr Wittman, dies muß allgemein anerkannt werden, wäre eine herrliche Auswahl für jene Stelle. Er ist ein Mann, an dessen Fähigkeiten durchaus niemand zweifelt. Ein Gehülfsrichter sollte doch sicher etwas von den Gesetzen wissen, und daß Herr Wittman so genau mit denselben bekannt ist, als irgend ein anderer früherer oder jetziger Friedensrichter, in Lecha Caunty, wenn nicht mehr so, auch daran hegt niemand den geringsten Zweifel.—Was sein Charakter anbetrifft so ist dieser ohne einen Flecken, und daß er das Amt nach besten Kräften, auf eine unpartheiische Weise, nach bester Beurtheilungs Kraft mit welcher er von Natur begabt ist, zur Zufriedenheit Aller, zu Ehren für sich selbst, so wie des Caunties überhaupt — bekleiden würde, daran ist ein Jeder überzeugt der ihn kennt.

Ich habe nichts mit Herrn Wittman selbst über diesen Gegenstand gesprochen, und weiß folglich nicht ob er bewegen werden könnte für dieses wichtige Amt hervorzukommen. Aber ich versichere, daß es der Wunsch Vieler ist, daß er seinen Namen solle gebrauchen laßen. Wollen diejenigen, die mit mir in dieser Sache gleich denken, ihren Einfluß anwenden um ihn zu bewegen Candidat zu werden?

Allentaun.

Gouvernör Johnston und das Pennsylvanische Sklavengesetz.

Wir haben schon verschiedene Male bemerkt, daß Manche den Unterschied zwischen dem „Sklaven-Flüchtlings-Gesetz" und einem gewissen Pennsylvanischen Sklavengesetz nicht kennen; und da unsere Gegner jetzt so sehr bemüht sind, die Whigs als Disunionisten zu verschreien, wozu sie aber noch nicht den allerschwächsten Beweis zu liefern im Stande waren,—und wir versichern auch daß sie dies nie thun können,—so haben wir beschlossen, Einiges darauf bezüglich hier folgen zu lassen, damit die beiden Gesetze nicht in Vermischung angesehen werden, wie dies unsere Gegner gerne haben möchten.—Das Sklavenflüchtlings-Gesetz („Fugitive Slave Law") ist ein Gesetz des Congresses, welches unter die Compromiß-Maßregeln gehört, und das andere ist ein Pennsylvanisches Gesetz, passirt durch unsere Gesetzgebung in 1847, unter der Administration von Gouvernör Schunk. Dieses letztere Gesetz verbietet es, entlaufene Sklaven in unsere Gefängnisse aufzunehmen, und steht folglich in gerader Opposition gegen das Sklavengesetz des Congresses und somit auch in Opposition zu den Compromiß-Maßregeln.

Als dieses Pennsylvanische Gesetz vor dem Senat war, war William Bigler der Erste der seine Stimme dafür gab, und folglich sich schnurstracks gegen einen Compromiß mit dem Süden erklärte, und dadurch einen frischen Feuerbrand an das Feuer legte, um den Süden zu bewegen sich von der Union zu trennen;—und heute noch steht diese indirekt Stimme auf dem Journal jenes Körpers. In seiner Readinger Rede hat er diese im Geringsten nicht berührt, und daraus muß man schließen, daß er immer noch die nämlichen Ansichten hegt. Seine Partei hat sich aber nun gegen das Gesetz erklärt, um im Süden Capital für den 10-Cent Buchanan für die Presidentschaft zu machen, und somit ist nun Bigler in einer sehr sonderbaren Lage — nach der Beweisführung unserer Gegner selbst muß er entweder ein Disunionist oder ein Wetterhahn sein.

Bekanntlich machen unsere Gegner nun einen erbärmlichen Lärm und sagen, Gouvernör Johnston habe am Ende der letzten Sitzung eine gewisse passirte Bill in die Tasche gesteckt. Nun was ist dies für eine Bill? Es ist eine Bill die dieses Gesetz, welches die Lokofokos selbst machten, wofür Bigler selbst stimmte und welches Gouv. Schunk unterzeichnete, das sie aber nun scheinbar so sehr verwünschen—widerruft. Deshalb nennen sie nun Johnston ein Disunionist, sagen aber nichts von Bigler, der doch das Gesetz machen half.

Die Lage in der sich Bigler hinsichtlich dieser Sache befindet, ist wirklich keine angenehme, und hätten es unsere Gegner früher eingesehen, so würden sie dieselbe sicher nie angetastet haben. Sie achteten sie jedoch nothwendig, um dem Süden Brei ums Maul zu schmieren und somit dem 10-Cent-Föderalisten für die Presidentenstelle Bahn zu brechen—und bereits haben auch schon mehrere Disunionisten-Zeitungen daselbst den Namen Buchanan's an ihre Mastspitzen gesetzt. Ist es nicht eine höchst sonderbare Stellung für eine Partei, auf eine direkte Weise im Süden mit den Disunionisten in Verbindung zu stehen — während sie sich hier in Pennsylvanien mit dieser Thatsache schämt, und sich gerade umkehrt und die Whigs, die doch hier und überall vereinigt für die Union gehen, Disunionisten nennt. Solch ein Betragen ist im höchsten Grade verabscheuungswürdig und verdient den Tadel aller guten Bürger aus allen Parteien.

Nun laßt uns aber auch noch sehen, in wie fern diese Parteilieders dem Gouv. Johnston in Bezug auf die Bill für die Widerrufung dieses „verwünschten und schändlichen Hinderungs-Gesetzes"—wie sie es nennen, und wofür doch ihr Candidat Bigler stimmte—Gerechtigkeit (!) widerfahren lassen. Sie wissen selbst, daß sie nicht die geringste Ursache haben, gegen Gouvernör Johnston zu klagen; aber wenn sie nur ihrer Partei dienen können, so kommt's ihnen gar nicht darauf an, wie schlecht die Mittel sind—ob sie Wahrheit oder Unwahrheit reden.

Die Wahrheit der Sache ist diese:—In der vorletzten Sitzung hatten unsere Gegner eine Mehrheit in beiden Zweigen der Gesetzgebung.—Warum wurde das verhaßte Gesetz, wie sie nun vorgeben,—das sie aber selbst, mit Bigler an der Spitze, machten,—nicht gleich damals im Beginne der Sitzung widerrufen? Johnston [illegible] terschreiben oder mit seinem Veto zu belegen. Sie glaubten aber, dann könnten sie kein politisches Capital machen, und deßwegen ließen sie es auf dem Gesetzbuche stehen. Hätten sie aber gewußt, daß sie in eine solche Lage getrieben werden würden, wie dies jetzt der Fall ist, unser Wort dafür sie würden die Sache anders gehandhabt haben.

In der letzten Sitzung nun hatten die Whigs im Senat und die Lokofokos im Hause der Representanten eine Mehrheit. Gleich im Beginne der Sitzung wurden in beiden Häusern Bills eingebracht, uns dieses unvorsichtige und verwünschte Gesetz, wie sie es nennen und wofür Bigler gestimmt hat, zu widerrufen. Im Senat, wo wir eine Mehrheit hatten, gieng die Sache gut von Statten, und daß Gesetz wurde von diesem Körper widerrufen. Im Hause aber, wo unsere Gegner eine große Mehrheit hatten, waren wieder schlechte Politiker am Ruder, die immer noch glaubten politisches Capital dadurch für Buchanan machen zu können, ohne daß es ihnen einfiel daß sie Herrn Bigler auf seine „Krähen-Augen" treten würden, welche die Bill bis zum letzten Augenblicke der Sitzung liegen ließen, wo sie dann passirte und dem Gouv. Johnston, als schon die durch die Gesetzgebung selbst fest gesetzte Stunde zur Einhändigung von Bills bei dem Gouvernör verfloßen war, übergeben wurde. Daß dem so ist, können wir, wenn es fernerhin verlangt werden sollte, ohne Mühe beweisen. Natürlich konnte dann die Bill damals nicht unterschrieben werden. Die Constitution des Staats erlaubt auch dem Gouvernör 10 Tage Zeit, um eine Bill zu genehmigen oder zu verwerfen. Also, wenn selbige Bill, da sie ihm ganz am Ende der Sitzung überreicht wurde, nicht unterschrieben und nicht mit seinem Veto belegt wird, so ist sie ohnedem Gesetz. Aber nur ruhig, Johnston wird wenn die rechte Zeit kommt, wo er handeln kann, welches er bisher nicht konnte, da die Gesetzgebung nicht in Sitzung war, ehe die 10 Tage verflossen sind, schon das Seinige daran thun. Auch ist es schon oft geschehen, daß Gouvernören 3, 4 bis 5 Tage vor dem Aufbruch von Gesetzgebungen Bills eingehändigt worden sind, die sie erst bei der Versammlung der nächsten Gesetzgebung wieder zurück gaben. Also wird hier ein jeder wieder klar sehen, daß Gouv. Johnston auch in diesem Falle durchaus nicht zu blamiren ist.

Wir haben also in diesem Falle ganz deutlich dargethan, daß die Whigs mit Recht und Gerechtigkeit durchaus nicht mit dem Namen Disunionisten belegt werden dürfen, woraus sich auch noch ferner ergibt daß Herr Bigler gerade an den Stelle steht, wo sie versucht haben Johnston hinzustellen. Hoffentlich wird man zukünftlich ganz wenig von Disunionisten und von der eingesteckten Bill hören

Die Geschichte des sinkenden Fonds.

Der Beobachter kann sich in der That des Lachens nicht enthalten, wenn er das Betragen unserer Gegner in Bezug auf den sinkenden Fond ansieht. Einige behaupten es sei keine solche Sache in Existenz—andere sagen dieselbe sei ein „Humbug," und wieder Andere, die einsehen daß diese heilsame Sache, die dem Staat bereits eine halbe Million Thaler bezahlt hat, dem Gouv. Johnston Nutzen bringen will, stolpern jetzt noch hintendrein und behaupten wir seien dem Gouv. Schunk für dies Akte verpflichtet.

Es soll Niemand von uns sehen, daß wir je irgend den Ruf des verewigten Gouv. Schunk zu schmälern suchen, aber wir werden niemals zugeben daß das Lob welches einem Herrn gebührt, einem andern gezollt wird.—Gouv. Schunk hatte nicht mehr zu thun mit der Errichtung des sinkenden Fonds als selbst Gouvernör Schneider, und beide waren in ihren Gräbern, als derselbe durch Gouv. Johnston angeboten und durch seine Freunde passirt wurde. In der Gesetzgebung von 1849 wurde dieser Plan durch Gouv. Johnston anempfohlen, und einige Lokofoko Glieder haben sich denselbem aufs heftigste wiedersetzt. Jesse Miller, Gouv. Schunks Staats-Sekretär, war damals noch am Leben, und wiedersetzte sich demselben sehr strenge in dem Harrisburg „Keystone." Der Plan ist aber dennoch angenommen worden, und hat wie bekannt, bereits eine halbe Million Thaler Schulden bezahlt, die unter Lokofoko Administrationen gemacht worden sind. Dieser Plan wird noch mehr thun, wenn das Volk bei Gouvernör Johnston steht, und solche Männer, welche gegen den sinkenden Fond sind, weil es dem Volk die Bürden abnimmt, und welche der Plan als einen Humbug verschrieen, aus Aemter gehalten werden.

Unsere Gegner—Böswilligkeit blosgestellt.

Es ist uns in der That unbegreiflich, wie sich Bürger verleiten lassen können, oder wie man sie bewegen kann, ihre Spalten zu Artikel zu leihen, die sie selbst wissen daß sie ungegründet sind, und die größte Böswilligkeit auf der Stirne tragen.—So hat zum Beispiel unser Nachbar vom Republikaner, der nebenbei gesagt, von dem Politischen abgesehen, ein guter Bürger ist, letzte Woche einen Artikel dem Philadelphia „Pennsylvanian" nachgedruckt, dessen Editor schon längst in diesem Staat als nicht zu streng wahrheitsliebend bekannt ist, welcher berechnet sein soll die „Sinkende Fond" Sache, so wie die gute Haushaltung des Gouv. Johnston im Allgemeinen, in ein Nichts zu verwandeln.—Nun, wir gedenken, was uns anbetrifft, so viel als möglich alle persönlichen Streitereien in dem jetzigen Wahlkampf zu vermeiden, außer wir werden durch unbeständiges Betragen unserer Gegner in eine andere Laufbahn gezwungen. Gemeinter lange Artikel des Republikaners ist in der That lächerlich zusammen geschmiedet. An allem Guten, das unter Johnston's Administration gethan worden ist, war nach ihrer Sprache Gouv. Johnston nicht Schuld; hingegen an dem Bösen, oder den Schwindeleien und Diebereien von Lokofoko Beamten, soll er die Schuld gewesen sein. Dies ist doch eine sonderbare Auseinandersetzung.—Wir wollen nun der Sache nachfolgen, und bis wir fertig sind, werden wir die Bemerkungen des Pennsylvanian und die des Republikaners in ein „Nichts" verwandelt haben. Dies soll aber durch Dokumente geschehen, und zwar auf eine gerechte Weise—das heißt, die Documente müssen zusammen genommen werden, und nicht ein Jahr hier und ein Jahr dort weggelassen, wie dies der Republikaner und Pennsylvanian gethan haben. Ja bis wir geschloßen haben muß es zugegeben werden, daß unserem beliebten Gouvernör das höchste Lob gebührt.

Die Sinkende Fond Sache ist, wie die öffentlichen Urkunden oder Tagebücher beweisen, eine Maßregel des Gouv. Johnston und seiner Administration. Seine Recommandation steht auf deren Blättern festgedruckt (obschon der Republikaner behauptet Johnston habe keine nennenswerthe Verbesserungen in unsern Finanzen vorgeschlagen) und keine Verdrehung unserer Gegner ist hinreichend, dieselbe davon abzuwischen. Gouv. Johnston und seine Freunde haben diese Bill aufgezogen, und dieselbe ist in der Gesetzgebung durch die Whigs und 2 oder 3 ehrlichen Demokraten unterstützt und passirt worden. Dadurch daß der Gouvernör diese Sache anempfahl, ist eine Verbesserung in dem Collektiren von verschiedenen Taxen vorangegangen. Auch diese Recommandation findet man in den Journalen der Gesetzgebung einverleibt.—Obschon der Republikaner sagt, Gouv. Johnston habe nichts gethan um die Staats-Finanzen zu verbessern, so steht es dennoch auf den Urkunden der Gesetzgebung, daß er eine mehr rechtlichwirkende Methode anempfahl, um den heimfallenden Erbschafts-Tax zu collektiren, und die Folge war, daß schon im folgenden Jahr, zwar ohne eine Tax-Erhöhung und nur durch striktere Einkollektirung, die Summe von $55,350 01 die im vorigen Jahre collektirt wurde, zu **$190,812 07** angeschwollen ist. Der Republikaner sagt, Johnston habe nichts gethan. Jeder Taxbezahler aber muß sagen: Dies ist sicher ein sehr schöner Zuwachs. Während Schunks vier Jahren wurden für solche Taxe $177,221 92 collektirt. Und in Gouv. Johnstons zwei Jahren **$293,107 14!** Und nur durch eine mehr strikte Handhabung der Gesetze, durch seine Anempfehlung und die richtige Ueberbezahlung der Collektoren ist dies geschehen. Ist dies keine Verbesserung? Die Taxbezahler müssen dies mit Ja beantworten, und was hier gesagt ist beweisen die Tagebücher.

In Hinsicht der Einkünfte von den Canälen und Riegelbahnen haben sich aber der Republikaner und Pennsylvanian Vergehungen zu Schulden kommen laßen, die ihnen von den Taxbezahlern nie vergeben werden können. Sie sagen in 1844—merkt in 1844!—unter Gouv. Porter seien die Einkünfte von den Taxen auf liegendes und persönliches Eigenthum $751,210 01, und die Canal und Riegelbahn Zölle $1,164,325 84; und in 1850, unter Johnston, erstere Einnahmen $1,317,821 55 und letztere $1,713,848 16. Und schließlich ruft der Republikaner aus: „Hier liegt das Geheimniß von Gouv. Johnstons Großthaten." Jetzt halt, Herr Republikaner, die Sache ist noch nicht entschieden. Wir haben bemerkt, und wir stehen auch bereit dasselbe durch Dokumente zu beweisen, daß unter allen Gouvernören unserer Gegenpartei die Staatsschuld zugenommen [illegible] daß unter Johnston eine halbe Million Thaler abbezahlt worden ist. Wie kommt es aber nun daß diese Herren einen Sprung von 1844 bis 1850 machen? Wie kommt es daß sie nichts von den Zwischenjahren sagen? Aber da steckt der „Knoten." Ehe wir schließen wollen wir dies thun, und somit wird es sich dann herausstellen, daß diese Herren den wahren Zustand der Dinge zu umgehen und die Taxbezahler hinter das Licht zu führen gedachten, bis sie ihre Stimmen wieder gegen sich selbst eingegeben hätten. Alle in besagten Zeitungen berührte Punkte sind auf ähnliche betrogene Weise ausgearbeitet, berechnet den Unbedachtsamen zu betrügen, und verdienen daher den Tadel aller rechtlichen Bürger. Wir wollen daher nun die Wahrheit der Sache anführen, wobei wir aber nicht ein Jahr da und dort heraus nehmen wollen, sondern uns auf Administrationen beziehen werden, und was wir sagen, wollen wir durch öffentliche Documente beweisen. Ob die Zahlen, die der Republikaner für das Jahr 1844 angibt, richtig sind oder nicht, haben wir uns nicht überzeugt—allein wo sind die von 1845, '46, '47 und '48. Well laßt uns sehen: Unter Schunk haben natürlich die Einkaufte von den öffentlichen Werken zugenommen—doch aber ist immer auch die Staatsschuld gewachsen.—Johnston erhielt weniger aus dieser Quelle als Schunk, dies werden wir beweisen, und dennoch hat er eine halbe Million Thaler abbezahlt. Nun laßt uns sehen wie sich die Sache dann wirklich verhält, und bis wir damit schließen wird man ersehen, daß diese Herren dermaßen durch öffentliche Dokumente zurück- und in die Enge geschlagen sind, daß man, wenn sie sich noch im Geringsten schämen können, wenn sie einer tadelswürdigen Vergehung überwiesen stehen, nach diesem hoffentlich sehr wenig mehr von ihnen in Bezug auf diese Sache hören wird.

Gouvernör Schunk erhielt

In 1845	Tax auf liegendes Eigenthum		$1,318,332 02
In 1846	do.	do.	1,445,112 70
In 1847	do.	do.	1,380,781 19
In 1848	do.	do.	1,350,129 49
	Zusammen		$5,494,355 40

Im Durchschnitt jährlich $1,373,588 85.

Nun merkt: in einem jeden dieser Jahre unter Schunk's Administration überstieg dieser Tax auf unsere Bauern das Einkommen der Jahre 1849 und 1850 unter Johnston's Administration, wie sich aus Folgendem zeigen wird—und diese Zahlen können alle in öffentlichen Dokumenten aufgefunden werden:

Gouvernör Johnston erhielt

In 1849	Tax auf liegendes Eigenthum		$1,293 921 81
In 1850	do.	do.	1,317,848 16
	Zusammen in zwei Jahren,		$2,611,769 97

Im Durchschnitt jährlich $1,305,884 98.

Dies zeigt nun daß Gouvernör Johnston wirklich **55,000** Thaler weniger von den Bauern erhalten hat, als die Lokofoko Administration die gerade vor ihm in Gewalt war. Diese Thatsache stößt die eine Behauptung unserer Gegner über einen Haufen, und wir wollen nun auch noch die andere zusammen stoßen. Diese hat Bezug auf Canal- und Riegelbahn-Zölle. Natürlich brauchen diese Werke Ausbesserungen und verursachen Unkosten. Nachdem nun alle diese Ausbesserungen und Unkosten abbezahlt sind, geht der Ueberschuß für Staatszwecke in die Schatzkammer.

Unter Schunk war dieser Ueberschuß

In 1845,	$466,937 49
In 1846,	625,135 63
In 1847,	864,353 10
In 1848,	515,972 15
Total-Gewinn in 4 Jahren,	$2,472,398 37

Im Durchschnitt jährlich $618,099 59.

Unter Johnston war dieser Ueberschuß

In 1849,	$648,573 80
In 1850,	194,870 08
Total-Gewinn in 2 Jahren,	$843,443 88

Im Durchschnitt jährlich $421,771 94.

Dies beweist klar und deutlich—und die Sache ist den Berichten von der Gesetzgebung entnommen und muß wahr sein—daß unter Schunks Administration, von den Staatswerken jährlich $195,000 mehr als unter Gouv. Johnston's Dienstzeit in die Schatzkammer gebracht worden sind. Die Ursache hiervon ist dreierlei: Erstlich ist der Nordzweig Canal bis zu einem großen Theil vollendet worden; Zweitens, die Schulkill „Inclined Plane" vermieden worden; Und drittens waren die Lokofoko Canal-Commissioners sehr fleissig bemüht, den Staat wieder zurück in ihrer Hände zu bringen, und natürlich waren die Verwilligungen für die öffentlichen Werke durch die Lokofoko Gesetzgebungen die wir während dieser Zeit hatten, nicht vermindert.

Die ganze Untersuchung stellt diese Thatsache heraus:—Gouv. Johnston hat die bessere Methode, die Taxen zu collektiren, so wie die sinkende Fond Akte, der Gesetzgebung anempfohlen. Gewisse Tax Gesetze sind revisirt, und der Tax mehr rein collectirt worden. Der sinkende Fond, den der Schatzmeister Bickel so hoch preißt, ist immer noch in Operation und thut vieles um die Bürden des Staats zu erleichtern. Die Staatsschuld ist mehr als eine halbe Million Thaler reduzirt worden, und es sind weitere Hoffnungen vorhanden, daß wenn dieser Fond unangetastet gelaßen wird, daß er immer noch mit mehr Schnelligkeit die Erbschaft, welche uns die Administrationen unserer Gegner hinterlaßen haben—nämlich der Staatstax—verzehren wird.

Wahrlich, die ganze Sache stellt unsern beliebten und einsichtsvollen Gouv. Johnston in das allerhellste Licht—hingegen frühere Administrationen und seine jetzigen politischen Gegner hüllt dieselbe in ein wahres Dunkel.—Und wer will Gesagtem wiedersprechen? Die Wahrheiten sind den öffentlichen Documenten entnommen und können daher nicht geleugnet werden.

Nun, Taxbezahler, wenn Ihr Eure Interessen kennt, so könnt Ihr nicht umhin Gouv. Johnston bei nächster Wahl Eure herzliche Unterstützung zu geben. Warum wollt Ihr die Gefahr laufen, unsern geliebten Staat wieder zurück in seinen alten Schlamm gebracht zu sehen, dadurch daß Ihr einen andern Mann unterstützt. Gouv. Johnston hat Euer Schiff sicher und meisterhaft geleitet—er hat bei Eueren Interessen gestanden, und sogar den Anfang gemacht unsere große Schuld abzubezahlen. Es ist niemals rathsam einen guten, geprüften und immer recht gefundenen Beamten, dem bloßen Parteimann wegen für einen nicht geprüften zu vertauschen. Ihr wißt was Ihr habt. Erwählt ihr aber Bigler so wißt Ihr nicht was Ihr bekommt—und einem Jeden, der wünscht den Staat wieder zurück und noch tiefer in Schulden gestürzt zu sehen, würden wir anrathen für Bigler zu geben.

Wir fühlen aber vollends überzeugt, daß die Taxbezahler, die schon so manchen schönen Thaler als Taxen haben bezahlen müssen, ohne daß auch die Schuld einen Cent kleiner geworden wäre, bis Johnston ins Amt kam, ihre Interessen nicht so weit aus den Augen verlieren können, und daß sie den beliebten Gouv. Johnston nochmals, und zwar mit einer überwiegenden Mehrheit, erwählen werden,—Und geschieht was Gerechtigkeit gegen Gouv. Johnston von den Taxbezahlern fordert, so geschieht dies so gewiß als der zweite Dienstag im October heranrücken wird. Mit voller Hoffnung, daß die Taxbezahler ihren Freund kennen gelernt haben, erwarten wir den Ausgang—und daß er höchst glorreich sein wird für die Freunde einer guten Haushaltung, daran zweifeln wir keinen Augenblick.

Etwas zum Nachdenken.

Einige unserer politischen Gegner, darunter auch der hiesige Republikaner, behaupten, daß unter Gouvernör Johnston's Administration die Regierungs-Unkosten sehr vermehrt worden seien, und wollen daraus eine Unfähigkeit erblicken, den Staat zu regieren. Wir sind aber bereit, die Beschuldigung über einen Haufen zu stoßen, so wie dies, wir glauben es fest, mit allen andern, die sie gegen ihn bringen werden, der Fall sein wird.—Ja Gouv. Johnston hat, was wir nicht hier zu zeigen gedenken, was aber doch sonst geschehen ist, mehr in finanzieller Hinsicht für Pennsylvanien gethan, als irgend ein anderer jetzt darin lebender Bürger.—Aber zu obiger Beschuldigung.

In 1845 waren die Regierungs-Unkosten, welche die Kosten für die Aufrechthaltung der Regierung in sich schließen—nämlich: Die Kosten der Gesetzgebung, das öffentliche Drucken, das Executive-Department, die Auditor-Generals-, Schatzmeister- und Landmesser-General-Departemente und vermischte Ausgaben—$239,304 20. In 1846 waren dieselbe $216,632 22, oder 23,000 Thaler weniger als in 1845, und die Urkunden zeigen daß diese Summe allein dadurch verringert wurde, daß man weniger Sachen zu drucken hatte.—In 1847 hatten die Whigs eine Mehrheit in der Gesetzgebung, hielten [illegible] kosten sich nur zu $200,113 37, oder 39,000 Thaler weniger beliefen, als in 1845, als unsere Gegner eine Mehrheit hatten. Eine Whig-Gesetzgebung hat daher dem Staat in einer Sitzung $39,000 erspart.—In 1848 waren die Unkosten wieder $230,580 78, und also wieder $30,000 mehr als in 1847, als die Whigs die ganze Gewalt in der Gesetzgebung hatten.—Dies war das letzte Jahr unter der Schunk Regierung. In 1849, als Johnston Gouvernör war, waren die Unkosten $237,105 33—also einige tausend Thaler weniger als in 1845, Schunks erstem Jahr, und 37,000 Thaler mehr wie in 1847, als die Whigs die ganze Ausgaben controllirten. In 1850 nun waren die Unkosten $262,899 71, oder 23,000 Thaler mehr als in 1845, und dies ist gerade das Jahr woran sie sich festhalten.—Nun laßt uns aber sehen wie sich die Sache verhält.—Die Lokofokos hatten in dieser Sitzung beide Zweige der Gesetzgebung, und nur sie allein sind daran Schuld, daß die Unkosten dermaßen angeschwollen wurden. Diese Lokofoko Gesetzgebung saß 135 Tage—also 35 länger als gewöhnlich. Ihre Unkosten vermehrten sich im nämlichen Verhältniß. Diese Herren hatten ihre Geschäfte vernachlässigt oder haben gewünscht, was nun geschieht, Johnston damit zu beschuldigen, da doch ein Jeder mit nur einem halben Auge sehen kann, daß er unschuldig ist, indem er sie nicht auseinander jagen konnte. Und hört was ferner geschehen ist: Diese so sparsam seinwollenden Herren haben sich am Ende noch eine Extra-Bezahlung von beinah $10 000 für 35 Tage für ihre Vernachläßigung zugestimmt, und diesen Proviso der Verwilligungs-Bill einverleibt, welches den Gouvernör verhinderte sein Veto darauf zu legen.—Fromme Lokofokos in der That!

Ja die Lokofokos haben noch mehr gethan um die Staats Unkosten zu vermehren.—Sie stimmten in der Lokofoko Gesetzgebung, dem Canal-Commissioner, dem Auditor-General, Staats-Schatzmeister und dem Landmesser-General Extra-Bezahlung zu. Und nachdem sie alles dies selbst gethan, haben sie die unverzeihliche Unverschämtheit, Gouv. Johnston damit zu beschuldigen. O Schande wo ist dein Erröthen!—Die Taxbezahler haben aber hier wieder klar gesehen wer ihr Geld verschwendet hat—haben gefunden daß Gouv. Johnston völlig frei davon ist, und sie werden ihn auch bei nächster Wahl für die durch ihn an den Tag gelegte Sparsamkeit, wieder an die Stelle erwählen, die er mit so viel Treue bedient hat. Daß dies geschehen wird, und zwar mit einer großen Mehrheit, daran haben wir nicht den geringsten Zweifel.

Sonst und jetzt.

Unsere Gegner hatten bekanntlich in diesem Staat die Zügel der Regierung eine lange Reihe von Jahren in ihren Händen. Unter deren Verwaltung hat die Staatsschuld begonnen und ist stets gewachsen, so lange sie dieselbe inne hatten. So tief in Schulden war der Staat etwa 7 Jahre zurück, daß der damalige Gouvernör sich äußerte, daß er nicht sehen könne, wie die Räder länger im Gange zu halten seien, wenn man nicht seine Zuflucht zu schwererer Taxirung nehmen würde. Dieser Zustand der Dinge verblieb so für etliche Jahre, und der Staat konnte kaum einer Repudiirung entgehen.

In 1848 kam aber der wackere und einsichtsvolle W. F. Johnston ans Ruder. Er hat nun das Amt drei Jahre inne. In dieser Zeit sind die Staats-Interessen ohne Mühe bezahlt worden,—der Staatsstock ist beinahe zu einem Par Werth gestiegen, und

Mehr als eine halbe Million Thaler der Schuld abbezahlt worden.

Und alles dies ist geschehen, ohne daß man zu schwererer Taxirung seine Zuflucht nahm. Die Löcher in der Schatzkammer sind verwahrt—die Hülfsmittel des Staats ökonomisch gehandhabt und nicht verschwendet worden, und daher ein solch wünschenswerthes Resultat.—Welcher Taxbezahler freut sich nicht darüber? Und welcher Stimmgeber, der seine Interessen kennt, würde daran denken gegen Johnston zu stimmen, und suchen Herrn Bigler die Gewalt in Hände zu geben, der bei jeder Gelegenheit seine Stimme für die Vergrößerung der Staatsschuld gab—sie uns also aufladen half? Wahrlich, Taxbezahler, es ist der Mühe werth, daß Ihr über diese Sache nachdenkt. Ihr habt ein großes Werk vor Euch — und wenn Ihr für Euch selbst in dieser Sache handeln wollt, so bleibt Euch kein anderer Weg übrig, als für W. F. Johnston zu stimmen, den Ihr nun als Euren Freund kennen gelernt habt, und auf den Ihr zu jeder Zeit als ein warmer Freund Eurer Interessen hinblicken könnt.

Lokofoko-Behandlung der kranken Soldaten.

Stimmgeber leset dieses!—Alle die Ihr gehört, wie die Lokofokos John Strohm beleidigt haben.

In unserm letzten Blatte haben wir unwidersprechlich dargethan, daß der Achtbare John Strohm für eine Erhöhung des Lohns der Soldaten im Mexikanischen Kriege gestimmt, und sich somit als Freund derselben bewiesen hat; und daß Richard Brodhead und viele andere prominente Lokofokos sich weigerten, den tapfern Herren dies zukommen zu lassen, die ihre Leben in dem Schlachtfelde für die Ehre unseres Landes bereit waren aufzuopfern. Ein Jeder der John Strohm persönlich kennt, weiß daß sein Patriotismus ihm keineswegs erlauben würde, irgend einen andern Weg einzuschlagen. Die Lokofoko Zeitungen haben von den Tagebüchern des Congresses gesprochen. Wir selbst haben auch dieselbe untersucht, und wenn wir uns nicht allzusehr irren, werden wir sie noch mit den Tagebüchern krank genug machen, bis wir mit denselben fertig sind. Heute nun geben wir eine unumstößlich Wahrheit aus dem Tagebuch der 2ten Sitzung des 22sten Congresses, oder der Sitzung des Winters von 1846 und 1847.

Am 23sten Februar, 1847, hatte das Haus der Representanten eine Bill für die Unterstützung der Armee und Freiwilligen, für das Jahr endigend am 30. Juni 1848, unter Berathung. John Strohm stimmte für jene Bill, so wie für eine jede andere Bill, nachdem Krieg erklärt war. Seine Stimme kann auf dem Tagebuch, Seite 406 für jenes Jahr, gefunden werden. Ehe die Stimme für die endliche Paßirung jener Bill genommen worden ist, wurde noch eine Verbesserung berathen, welche $500,000 dazu verwilligte,

„um für die Erquickung oder Bequemlichkeit entlaßener Soldaten, welche bei Neu-Orleans oder andern Plätzen innerhalb den Vereinigten Staaten gelandet werden, und denen es durch Krankheit oder in den Gefechten erhaltenen Wunden unmöglich sei, ihre Heimathen zu erreichen, und um arme Soldaten nach ihren Heimathen zu befördern—anzuwenden.

Nun laßt uns sehen wer diesen christlichen Vorschlag, für die Unterstützung von kranken und verwundeten Soldaten, die ihr Leben für unser Recht und unsere Ehre wiederholentlich auf den Schlachtfeldern zu wagen hatten, unterstützte. Alle Namen können wir des Raumes wegen nicht anführen, allein so viele wollen wir doch hier folgen laßen, daß es einem Jeden klar werden wird daß nicht die Whigs sich unbarmherzig gegen die Soldaten bewiesen haben, sondern daß es die Lokofokos selbst waren, und daß sie sich nun damit schämen und diese ihre Sünden gerne den Whigs aufladen möchten. Wir wollen sehen was die Pennsylvanischen Mitglieder zu dieser gerechten und christlichen Verbesserung gesagt haben, und während wir dies thun, finden wir in dem Tagebuch daß folgende Herren mit ihrem Wort und ihrer Stimme dagegen giengen, nämlich:

James Black; Richard Broadhead, der seitdem für diese und andere derartige Stimmen von unserer Gegenpartei mit einer Senator Stelle zu Waschington belohnt worden ist; William S. Garwin; Charles J. Ingersoll; John Ritter, der Herausgeber des Readinger Adlers, welcher jetzt noch immer von seinem Patriotismus und seiner Liebe zu seinem Vaterlande spricht, als habe er diese verwünschte Stimme nie gegeben; James Thompson und David Wilmot.

Die Obigen, mit noch 53 andern Mitglieder von andern Staaten, waren die Einzigen, die sich diesem **wohlthätigen Vorschlag** und dieser **Gütigkeit** gegen die Soldaten wiedersetzten. Und dem Himmel sei Dank, es befindet sich nicht ein einziger Whig unter dieser Zahl. Ihr Stimmgeber, die Ihr Herzen habt, die für einen kummerleidenden Soldaten fühlen können — was denkt Ihr von einem solchen Betragen unserer Gegner? Stimmgeber, die Ihr Verwandte hattet, welche verlassen zu Neu-Orleans und den Ohio und Mississippi Flüssen entlang armselig ihren letzten Athem aushauchten, in Abwesenheit der nöthigen Hülfe und Unterstützung—was denkt Ihr von solchen Handlungen? Freiwillige die Ihr kennt, was denkt Ihr von einer solchen Herzlosigkeit dieser Lokofoko Congreßmänner?

Dieser lebenswerthe Vorschlag wurde durch folgende Pennsylvanische Whig-Congreßmänner, mit noch vielen andern Whigs durch die ganzen Vereinigten Staaten, unterstützt, nämlich:

Blanchard, Buffington, Darrah, Ewing, Joseph R. Ingersoll, McIlvaine, Pollock, Ramsey und **John Strohm.**

Ein jeder Whig, der in seinem Sitze war, stimmte für diese Verbesserung zu Gunsten von kranken und verwundeten Soldaten! Und Alle, die ihre Stimmen dagegen und somit gegen die Soldaten eingaben, waren Lokofokos. Und dennoch haben ihre Partei Lieders die unverzeihliche Unverschämtheit, die Whigs zu beschuldigen, als seien sie bereit gewesen, in der Stunde der Noth, die Soldaten zu verlaßen, oder ihnen das Nöthige zu verweigern. So lange die Lokofoko Lieders nicht im Stande sind die Urkunden des Congresses als lügenhaft zu beweisen, so lange stehen diese Herren einer herzlosen Undankbarkeit gegen diejenigen, die die Schlachten unseres Landes gefochten haben, überführt—einer Undankbarkeit, die sich nicht nur herausstellte, als für eine Erhöhung ihres Lohns gestimmt wurde, sondern ebenfalls als dieselben am allernothwendigsten Unterstützung bedürften, als Krankheit sie niedergedrückt hatte—als die Gesundheit am Verschwinden und der Tod am Herannahen war — als die Heimath entfernt und Verwandte abwesend waren—als sie schwach und elend und sterbend an den Küsten der Vereinigten Staaten gelandet wurden, in deren Dienst ihre Leben nun am Verschwinden waren.—Lokofoko Lieders! Erklärt Euch von den Tagebüchern für Eure gewünschte Verweigerung von Menschlichkeit und Wohlthätigkeit gegen diese Vertheidiger unserer Rechte, ehe ihr Eure Lippen wieder öffnet, oder Eure Federn wieder bewegt, und sprickt oder schreibt eine einzige Silbe, in dem Wege der Anklage, gegen irgend eine lebende Person in dieser Welt. Ja, so lange Ihr die Tagebücher nicht als unwahr erklären könnt, so lange steht John Strohm da als ein Mann von dem rechten Gefühl, als ein Representant der wie ein Mann allen seinen Pflichten nachkam,—ja, als ein Mann für den Jeder mit Freude stimmen kann, der wünscht einen ehrlichen Canal Commissioner zu haben und zugleich daß Recht Recht bleiben soll—ja als ein Mann dem schon Vieles anvertraut war, und der niemals einen solchen Fehler begieng, der ihm auch nur eine einzige Stimme nehmen sollte. Ja die Tagebücher beschützen Herrn Strohm vollends, und wir können nun mit Bestimmtheit verkünden, daß ihm diese böswillige Angriffe, in dieser Gegend bedeutend viel Gutes gethan haben—mehr so als unsere Gegner wissen und glauben.—Aber auf der andern Seite sind die Tagebücher unsern Gegnern nun ein Greuel und wäre es möglich so würden jene Blätter denselben bald entzogen sein. Aber die Wahrheit stellt da schwarz auf weiß, und somit sind sie in Wahrheit gerade selbst in die Grube gefallen, in die sie den ehrlichen, menschenfreundlichen und getreuen John Strohm fälschlicher und böswilliger Weise zu stürzen beabsichtigt hatten.

Unsere Gegner und die Banken.

Unsere Gegner haben den achtbaren Richter Jessup angegriffen, weil er einstens ein Stockhalter und Direktor der Susquehanna Bank war. Die Bank war gut so lange Jessup etwas damit zu thun hatte, und fallirte erst nachdem Lokofokoismus dieselbe handhabte und deren Gelder vergeudete. Wollen uns die Lokofoko-Pressen nun diese Fragen beantworten:

Was ist die Ursache, daß mit all Eurem Geschrei Ihr so viele Banken in Existenz gerufen habt?

Was ist die Ursache, daß eine große Anzahl Banken in diesem Staat von Lokofokos gehandhabt wird?

Was ist die Ursache, daß Euer Candidat für Gouvernör, William Bigler, für Bankfreibriefe gestimmt hat?

Was ist die Ursache, daß William Bigler gegen den persönlichen Verantwortlichkeits-Grundsatz ist, und in der Gesetzgebung gegen die Einschaltung desselben in Bankfreibriefe seine Stimme gab? Wäre die persönliche Verantwortlichkeits-Klausel in dem Freibrief der Susquehanna Bank eingebracht gewesen, so würde das Publikum nichts verloren haben, als sie durch die schlechte Handhabung Eurer Parteifreunde aufbrach.

Haben nicht Eure Parteifreunde die Susquehanna Bank in eigenen Händen gehabt, als sie aufbrach?

Wir erwarten Antworten auf alle diese Fragen.—Das Volk will antworten haben, ehe es Euch gut genug traut, um Euch wieder die Gewalt in Hände zu geben.